

15.09.2020

Rechte für Opfer von Gewalt stärken



Am Freitag hatte der Verein „Ehemalige Heimkinder NRW“ zu einer Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag aufgerufen. Der Verein führt an, dass es für Opfer von Gewalt nach wie vor schwierig sei, öffentliche Anerkennung zu erhalten oder Ansprüche auf Entschädigung geltend zu machen. Unterstützt wurde die Kundgebung von Major Michael Geymeier, der mit einem Einsatzwagen aus Bielefeld anreiste, um die Teilnehmer mit Erfrischungsgetränken und Kaffee zu versorgen.

Betroffene, die in der Nachkriegszeit in Kinderheimen, Erziehungsanstalten, Behindertenheimen oder auch in der Psychiatrie aufgewachsen und erzogen wurden, haben Gewalt und Missbrauch erleben müssen. Viele leiden bis heute unter den psychischen Folgen und sind auch als Erwachsenen nicht in der Lage, ein normales Leben zu führen. Dem Bundestrat liegt eine Änderung für das Opferentschädigungsgesetz OEG vor, wonach es für Opfer zukünftig einfacher werden soll, ihre Rechte geltend zu machen.



„Sexueller Missbrauch und Gewalt gegen Kinder ist kein Vergehen, sondern es ist eine Straftat,“ sagt der Vereinsvorsitzende Hans-Jürgen Oldenburg. Mit der Demo wolle man Politik und Bevölkerung sensibilisieren und den Schutz von Kindern in den Fokus stellen.

In 2019 wurden vom Bundeskriminalamt 15.701 Fälle von Kindesmissbrauch erfasst. Man geht davon aus, dass die tatsächliche Zahl 15 bis 20 Mal höher liegt. Die Digitalisierung trage dazu bei, dass Kindesmissbrauch durch die Verbreitung im DarkNet weiter zunehmen wird.